

Ohnmacht in Jemen

Elias Elsler,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

Wie die internationale Gemeinschaft wieder versagt

Am 28. August 2018 beschloss der UN-Menschenrechtsrat in Genf die Arbeit der Expertenkommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Jemen um ein Jahr zu verlängern. So wichtig dieser Schritt auch war, er verdeutlicht auch die Machtlosigkeit der internationalen Friedensordnung.

2006 wurde die damalige Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (VN) in den heutigen VN-Menschenrechtsrat (United Nations Human Rights Council (UNHRC)) umgewandelt. Dies geschah im Rahmen der damaligen Bemühungen die VN strukturell zu erneuern und handlungsfähiger zu machen. Der Rat ist ein Unterorgan der VN-Generalversammlung und verantwortlich für die Förderung des Schutzes und der Stärkung von Menschenrechten. Dazu erarbeitet der Rat Berichte über Menschenrechtsverletzungen und formuliert Empfehlungen. Die 47 Mitglieder des Menschenrechtsrats werden nach einem festgelegten kontinentalen Proporz gewählt. Sein stärkstes Werkzeug ist die Einrichtung von Expertengruppen zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen zum Beispiel in ausgewählten Staaten. So wurde 2017 eine Expertenkommission eingerichtet, um die Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien im Jemen zu untersuchen.

Jemen als Spielball regionaler Interessen

2004 begann der Kampf der Huthi-Rebellen gegen die Regierung im Jemen. Ab 2010 beteiligten sich Saudi-Arabien und die USA am Kampf gegen die Huthi, konnten deren Machtübernahme 2015 aber nicht verhindern. Der jemenitische Präsident Hadi widerrief am letzten Tag seiner Amtsperiode seinen angekündigten Rücktritt, floh nach Riad und bekämpft seitdem von dort die Huthi-Rebellen. Seither stehen sich im Jemen stellvertretend die beiden großen politischen Blöcke der Region gegenüber: Auf der einen Seite Hadi zusammen mit den sunnitischen Stämmen im Jemen, sie werden von Saudi-Arabien unterstützt, das zusammen

mit den Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten und 32 weiteren vorwiegend muslimischen, arabischen und afrikanischen Staaten eine Allianz zum „Kampf gegen den Terror“ gebildet hat. Logistische Unterstützung erhält Saudi-Arabien von den USA, Frankreich und Großbritannien, aus Deutschland kommen nach wie vor Waffenexporte. Auf der anderen Seite steht das schiitische Regime des Irans, dem als Saudi-Arabien Antagonist vorgeworfen wird, zusammen mit libanesischen Hisbollah-Milizen die Huthi-Rebellen zu unterstützen.

Mit Jemen ist der wirtschaftlich schwächste Staat unter den Golfstaaten zum Kampfplatz um die regionale Vormachtstellung zwischen dem sunnitischen saudischen und dem schiitischen iranischen Block geworden. Die Konfliktparteure haben längst alle möglicherweise verhältnismäßigen politischen Ziele aus den Augen verloren. Seit mehreren Jahren schon bezeichnet die VN die Situation als die größte aktuelle humanitäre Notsituation weltweit. Die jemenitische Bevölkerung hatte kaum nationale Reserven, um dem Embargo der saudischen Allianz auch nur kurz standzuhalten. Seitdem herrscht eine akute Hungersnot, es entstand die größte Choleraepidemie seit langer Zeit, die Bevölkerung leidet unter jeglicher Unterversorgung. Zehntausende Menschen wurden getötet und verletzt, hunderttausende vertrieben. Massive Kampfhandlungen prägen den Alltag der Menschen in vielen Regionen und die Zivilgesellschaft erleidet schwerste Menschenrechtsverletzungen durch alle Konfliktparteure.

Während die Zivilbevölkerung am untersten Rande des Ertragbaren dahinsiecht, wird durch die internationalen Interessenvertreter der Kampf aufrechterhalten. Im Iran und Saudi-Arabien verursacht der Konflikt anscheinend noch keinen ausreichenden Schmerz.

Dilemmata des Krieges

Im Jemen zeigen sich, ähnlich wie in Syrien, drei perpetuierende Dilemmata des Krieges: Erstens, durch die Beteiligung der benachbarten Staaten entsteht aus einem ursprünglich inländischen ein regionaler Konflikt. Die involvierten Interessen vervielfältigen sich und folglich kann der Konflikt auch nicht mehr durch die nationalen Akteure beendet werden. Mittlerweile geht es auch im Jemen um die regionale Vormachtstellung der Antagonisten Saudi-Arabien und Iran. Zweitens instrumentalisieren die Konfliktparteien religiöse Vormacht für einen Kampf zwischen Schiiten und Sunniten. Damit wird der Konflikt zum Wertekonflikt. Während Ressourcenkonflikte eine Verhandlungslösung anstreben können (Ämterteilung, Gebietsaufteilung, Aufteilung des Zugangs zu Ressourcen), streben Wertekonflikte auf ein absolutes Ziel hin. Ideologien lassen sich nicht verhandeln. Drittens zeigt die Konfliktforschung, dass Friedensverhandlungen in schweren Konflikten erst gelingen, wenn ein „hurting stalemate“ erreicht wird, also eine für beide Seiten schmerzhaft verlustreiche Pattsituation. Seit dem Beginn der saudischen Intervention sind Elend und Not im Land gewachsen, die Zivilgesellschaft ist völlig am Ende und beide Konfliktseiten erleiden immer wieder schwere Verluste. Wäre es ein innerstaatlicher Konflikt, ließe sich wohlmöglich ein Ausgleich verhandeln. Aber während die Zivilbevölkerung am untersten Rande des Ertragbaren dahinsiecht, wird durch die internationalen Interessenvertreter der Kampf aufrechterhalten. Im Iran und Saudi-Arabien verursacht der Konflikt anscheinend noch keinen ausreichenden Schmerz.

Der Bericht

Nach einem Jahr der Untersuchungen betont die Expertenkommission folgende Befunde: Der Hadi-Regierung und der saudischen Allianz werden besonders im Zusammenhang mit den massiven Luftangriffen schwere Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Kriegsverbrechen vorgeworfen und es wird verlangt die Verantwortlichen juristisch zu sanktionieren. Auch der anderen Konfliktseite werden willkürliche Gefangennahme, Erpressung, Folter, Tötung und Rekrutierung minderjähriger Soldaten vorgeworfen. Der Vorsitzende der Expertengruppe, Kamel Jendoubi, erklärte in Genf „Es gibt kaum Anhaltspunkte, dass die Konfliktparteien versuchen, zivile Opfer zu vermeiden“. Es wurde zwar zugesichert, Mechanismen zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zu erarbeiten. Es gäbe jedoch keinerlei Bemühungen derlei Mechanismen zu erarbeiten geschweige denn zu implementieren.

Der Bericht verdeutlicht auch die Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft. Die Expertenkommission konnte ihr Mandat nicht annähernd umfangreich ausüben. So kritisierte Human Rights Watch in Genf, der Bericht würde auf Seite der Allianz nur die Luftschläge untersuchen und in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten seien nahezu gar keine Untersuchungen möglich gewesen. Während Saudi-Arabien und die jemenitische Exilregierung gegen eine Fortführung der Untersuchungen plädierten, wird die Mandatsverlängerung von der internationalen Staatengemeinschaft mehrheitlich begrüßt.

Ist das alles?

Die internationale Gemeinschaft scheint nicht in der Lage dem Konflikt und den beteiligten Staaten verbindliche Friedenslösungen entgegenzuhalten, indem sie zum Beispiel eine kohäsive Absicht formuliert. Genau darin liegt ihr Scheitern. Es gibt nicht die eine internationale Gemeinschaft, sondern konkurrierende internationale Bündnisse. Das mächtigste Organ der internationalen Friedensordnung, der VN-Sicherheitsrat, ist faktisch funktionsunfähig solange die Kontrahenten USA und Russland vorwiegend Eigeninteressen verfolgen. Dadurch bleiben nur noch nachgeordnete Instrumente wie die Expertenkommission des UNHRC. Dieser mangelt es jedoch in allen Belangen an Durchsetzungsmacht, um eine auch nur annähernd umfassende Untersuchung in den Machtbereichen der Konfliktparteien vorzunehmen.

Zudem steht auch der UNHRC selber in der Kritik. So haben 2018 die USA die Mitgliedschaft im UNHRC aufgrund der extrem einseitigen Berichte gegen Israel gekündigt. Die Mitglieder des Rates werden in der VN-Generalsammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Das hat dazu geführt, dass jene Staaten, die die Menschenrechte am meisten verletzen, im Rat die Mehrheit haben, so beurteilte jedenfalls einst der eigene Sonderberichterstatter über Folter, Manfred Nowak, den VN-Menschenrechtsrat.

Vor diesem Hintergrund muss man das umfangreiche Mandat zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen schon als große Errungenschaft bewerten. Im besten Fall hilft es Verantwortlichkeiten für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen herzustellen. Das ist wichtig. Letztendlich wird es hoffentlich zur Aufarbeitung im Anschluss an den Konflikt beitragen. Aber es ist viel zu wenig, um auf ein baldiges Ende des Konfliktes zu hoffen.

